

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Freitag, den 10. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenteilung Moritzplatz 11753-54

Einzelgenpreis: Die achtgrößten Anzeigenblätter ... Die drei verbleibenden sind einschließlich Zustellungsdienste

Ein Opfer der Mordheke in Bayern.

Abg. Gareis (USP.) von einem Unbekannten erschossen.

München, 10. Juni. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Der Führer der bayerischen USP., der Landtagsabgeordnete Gareis, ist gestern nacht vor seinem Hause — offenbar von reaktionärer Hand — ermordet worden, als er von einer Versammlung heimkehrte.

Mit der Feststellung, daß die systematische Heharbeit der reaktionären Presse den moralischen Ursprung der Tat bildet, ist das Dunkel, das diese Tat umgibt, keineswegs gelichtet.

unter des Professors Einstein, aufgefordert. Herr Sebius ist dafür nur zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt worden, was eher eine Ermunterung als eine Abschreckung zu nennen sei.

Ein abgefangenes Telegramm.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist im Hauptquartier der Einwohnerwehren in München folgendes Telegramm eingegangen:

Ein politisches Kapitalverbrechen ist verübt worden, die Ermordung eines angesehenen Führers der Münchener Arbeitererschaft, eines Mannes, der auch in den Reihen der übrigen sozialistischen Parteien Achtung und Ansehen genoss.

Die Tat an Gareis ist nur ein neues Glied in der ununterbrochenen Kette reaktionärer Mord- und Gewalttaten, die München erlebt hat. Mit der Ermordung Kurt Eisners durch den Grafen Arco-Valley fing es an.

Das erste Opfer dieser Art war der bekannte Gelehrte und Sexualforscher Magnus Hirschfeld, der auf dem Heimweg von einem Vortrag überfallen und schwer verletzt wurde.

Das zweite Opfer dieser Art war unser Genosse Landtagsabgeordneter Saenger. Der Fall liegt erst wenige Tage zurück und ist unseren Lesern daher noch in Erinnerung.

„Sawohl, der Sanger, der die rote Fahnenmacht hält, hat Prügel gekriegt, und sogar, — wie unser Vorkler bezeugt — ganz richtige, hoanbuchene, althoarrische.“

„Gott sei Dank! — sehe ich bei — gibt es in München noch Leute, die das Herz auf dem rechten Fleck haben — und ebenso wie wir, aber schon akturat so, diesen tief-tief-traurigen Fall beweinen.“

Die „Post“ behauptet, daß die fürchterlichen Streiche, die der Kammer-Sänger der Sozi erlitt, auf den Rücken bzw. Dornfortsatz, bzw. ... gegangen seien, zum Glück, meint die „Post“, denn bald sie auf den Kopf gegangen wären, sagte der Postler, wären sie tödlich gewesen.

Das glauben wir nicht; in diesem Punkte müssen wir dem Erzähler widersprechen; der bedeutendste Kopf Bayerns hätte ganz gewiß Widerstand geleistet.

Wenn Prügelhelden in dieser Art gefeiert anstatt moralisch bekämpft werden, dann kann sich niemand wundern, wenn diesem Gesindel der Kamm schwillt und es einen Schritt weiter geht, indem es den Knotenstock mit dem Revolver vertauscht.

Ein anderes bayerisch-reaktionäres Hehblatt schrieb erst vor einigen Tagen, Gareis müsse wie ein roter Hund niedergeschlagen werden.

Nichtsdestoweniger muß heute bereits die dringende Vermutung ausgesprochen werden, daß zwischen den Attentaten auf Magnus Hirschfeld, auf Saenger, auf Gareis — namentlich aber zwischen den beiden letzten Attentaten — ein enger Zusammenhang besteht.

Die Tat an Gareis ist nur ein neues Glied in der ununterbrochenen Kette reaktionärer Mord- und Gewalttaten, die München erlebt hat.

Ueber die näheren Begleitumstände bei der Ermordung des Abgeordneten Gareis geht uns aus München folgender Drahtbericht zu:

In einer Freidenkerversammlung sprach gestern abend der Abgeordnete Gareis über „Vertikalisierung der Schule“. Die Versammlung verlief vollkommen ruhig und zeitigte keinerlei leidenschaftliche Szenen.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien beraten zurzeit mit den Gewerkschaften über die zu ergreifenden Maßnahmen.

Bayerische Regierungserklärung.

München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die amtliche Erklärung des bayerischen Ministerrats belagert die Enttückung über die Freveltat zum Ausdruck, welcher Gareis zum Opfer gefallen ist.

Das Echo im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß der Preussischen Landesversammlung brachte bei der heutigen Beratung des Justizrates Genosse Heilmann zur Sprache, daß ihm soeben die Ermordung des unabhängigen bayerischen Abgeordneten Gareis mitgeteilt sei.

Ringhotel München. Organisation hat keine Zeit umzustellen. Escherich muß Reichskanzler wegen Verfassungsbruch in Anklage bringen.

Dieses Telegramm wirft ein äußerst bezeichnendes Licht auf die Art und Weise, mit der von Seiten der bayerischen Einwohnerwehren gegen die Reichsregierung gearbeitet wird.

Zentrum gegen Orgeß.

Eine sehr beachtenswerte Abrechnung mit dem Fortschrittler Escherich enthält in ihrer heutigen Ausgabe die „Germania“, das Berliner Zentrumblatt.

Der Widerspruch gegen das Vereinsrecht liegt aber nicht nur bei dieser Organisation, sondern auch bei anderen Selbstschutzw Verbänden vor.

Als besonders übel bezeichnet die „Germania“ den Versuch Escherichs, das Vertrauen zwischen Reichsregierung und Volk zu vergiften.



# Vormarsch in Oberschlesien.

London, 10. Juni. (W.D.) Die Reuter an maßgebender Stelle erzählt, ist der Vorschlag der Errichtung einer neutralen Zone zwischen Polen und Deutschen in Oberschlesien als unüberwindlich ausgegeben worden. Obwohl der Bericht Sir Harold Stewart bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist, ist die englische Regierung doch im Besitze genügender Nachrichten, um die Überzeugung zu gewinnen, daß die ersten Schritte zum Frieden in der polnischen Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission bestehen müssen. Bis jetzt ist dies an dem Unvermögen gewisser militärischer Mitglieder der Kommission gescheitert, die zu ihrer Verfügung stehenden Truppen gegen die Insurgenten zu gebrauchen, sobald die Umstände solches erforderlich machen. Obgleich die englische Regierung ihre Streitkräfte nur in durchaus erforderlichen Fällen zu gebrauchen wünscht, hat der englische kommandierende Offizier seine Hand, und die Autorität der Kommission wird auf diese Weise in zunehmendem Maße gestärkt, falls seine Kollegen in eine ähnliche Stellung versetzt werden.

Reuter weist darauf hin, daß ein englischer Militärzug in der Nähe von Gleiwitz von Insurgenten aufgehalten wurde und erst weiterfahren konnte, nachdem die Erlaubnis Korsanths eingeholt war. Die Unerschütterlichkeit solcher Versprechungen der Kommission wird allgemein anerkannt, und man glaubt, daß die Beschränkungen bezüglich des Gebrauchs der Streitkräfte gegen die Insurgenten in Kürze aufgehoben werden, um eine vollkommene Zusammenarbeit unter den Alliierten in Oberschlesien zu erreichen. Eine in diesem Sinne abgeschickte Note ist nach Paris und Rom abgegangen worden. Obgleich eine Antwort noch nicht eingehen konnte, zeigen die letzten Telegramme, daß die britischen Vertreter der beiden Regierungen dem britischen Standpunkt zustimmen. Inzwischen ist die englische Regierung nach wie vor der Ansicht, daß eine baldige Zusammenkunft des Obersten Rates von größter Bedeutung ist. Es ist wahrscheinlich, daß der Gedanke einer Zusammenkunft von Sachverständigen nicht verwirklicht werden wird.

## Der englisch-französische Gegensatz.

London, 10. Juni. (W.D.) „Times“ berichtet aus Opatowitz, es scheint erste Gefahr zu bestehen, daß man die ober-schlesische Tragikomödie, die bereits fünf Wochen lang dauerte, ad infinitum weiter gehen lasse. General Le Rond, der sowohl von englischen als auch von italienischen Militär unterstützt wurde, erklärte, trotz der britischen Verstärkungen seien die alliierten Truppen immer noch zu schwach, um die Ordnung wieder herzustellen. Der „Times“ zufolge kommen noch immer regelmäßige Verstärkungen und Munitionsendungen aus Czestochau und Sosnowice nach Oberschlesien. Der „Times“-Berichterstatter erklärt, die Lage sei so, daß die Franzosen die Polen nicht als Insurgenten ansehen und nicht die Demütigung anerkennen wollten, der die französischen Truppen gemeinsam mit ihren Alliierten ausgeübt seien. Für die Franzosen seien die Polen zu allererst Alliierte. Es handele sich für die alliierten Truppen nur um die Frage, ob sie bereit seien, wenn nötig zu kämpfen. Die Franzosen hätten jedenfalls Befehl, nicht zu kämpfen, und die Polen müßten es. Wenn die Engländer bei der Anwendung entschlossener Maßnahmen sich keinerlei Gefahren ausziehen wollten, dann sei es schwer zu verstehen, weshalb sie jetzt nach Oberschlesien geschickt worden seien. Es bestehe jedenfalls kein Zweifel daran, daß die Kommission ihrer Autorität mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen herstellen kann, wenn sie nur will.

## Frankreich hat nicht gezögert . . .

Durch zweier Zeugen Mund wird die Wahrheit kund. Die französische Antwort auf die britische Vorwürfe soll nach dem Bericht des „Temps“ zeigen, daß Frankreich nicht gezögert habe, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Rechtszustandes in Oberschlesien zu treffen. Wir geben zur teilweisen Unterstützung dieser Behauptung einen durch Zeugenaussagen bekräftigten Bericht unserer Parteigenossen in Hindenburg wieder. Man wird daraus erkennen, daß in der Tat Frank-

reich nicht gezögert hat — und wer den Bericht zu Ende gelesen, wird auch nicht um die Ergänzung verlegen sein: Womit hat Frankreich nicht gezögert?

## Flüchtlinge werden verschleppt.

Bereits am Sonnabend, den 23. Mai, kam nach Hindenburg die zuverlässige Nachricht, daß die auf Befehl des Kreis-kontrollieurs nach dem Exzeum verlegten ca. 400 Flüchtlinge, hauptsächlich Apo-Beamt und Landjäger, von den Insurgenten herausgeholt werden sollten. Diese Nachricht veranlaßte die deutschen Parteien und Gewerkschaften beim Kreis-kontrollieur härteren Schutz für die Flüchtlinge zu fordern. Eine deutsche Versammlung am 23. Mai erklärte die Bereitwilligkeit, die französischen Truppen nötigenfalls zu unterstützen. Diese Entscheidung wurde dem Kreis-kontrollieur persönlich überreicht. Der Kreis-kontrollieur lehnte ab und erklärte, daß er mit seinen Truppen die

## Unerschütterlichkeit der neutralen Zone verbürge.

machte allerdings die Einschränkung, daß er ernstlich die Polen bei keinem Vorhaben hindern könne, weil die Truppen den Insurgenten unterlegen seien. Bereits vorher, als die Verlegung der Flüchtlinge vom Gleiwitzer Hotel nach dem Exzeum auf seinen Wunsch erfolgt war, hatte der Kreis-kontrollieur dem Gewerkschaftssekretär Zimmer feierlichst versichert, daß er für die persönliche Sicherheit der Flüchtlinge mit seiner Person einstehen würde. Trotzdem überließen in der Nacht zum 26. Mai ungefähr 20 bewaffnete Insurgenten das Exzeum. Der Ueberfall mißlang, weil die Flüchtlinge noch waren. Aus Zeugenaussagen, die uns vorliegen, geht unzweifelhaft hervor, daß die

Insurgenten durch den französischen Posten in das Exzeum hineingelassen worden sind. In der Nacht zum 27. Mai wurde der Ueberfall wiederholt, der diesmal fast vollständig gelang. Schon am Abend vorher hatte Dr. Bandmann den Militärbefehlshaber Kapitän Bignault auf die Gefahr aufmerksam gemacht.

Es wurde Dr. Bandmann erklärt, daß die Wachen verstärkt und angewiesen seien, im Falle eines Angriffes von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Dennoch gelang es dem Militär nicht, den gegen 2 Uhr morgens beginnenden Angriff von etwa 70 Bewaffneten abzuwehren.

Die nachträglich vernommenen Zeugen sagen übereinstimmend aus, daß auch diesmal, wie am Abend vorher, der französische Posten die Insurgenten in den Hof des Exzeums hineingelassen hat und die

Wache ruhig zusah, wie 134 Flüchtlinge herausgeholt und unter fortwährenden Mißhandlungen abgeführt wurden.

Erst danach hat die französische Wache, die zwei Maschinengewehre 28 Mann französische Wache hat keinen Versuch gemacht, die 28 Mann französische Wache haben keinen Versuch gemacht, die Flüchtlinge zu schützen und die eindringenden Angreifer mit Waffengewalt abzuweisen.

Das Verbrechen an den Flüchtlingen rief ungeheure Erregung hervor. Ohne Aufforderung strömten tausende Männer und Frauen vor dem Gebäude der S. R. zusammen, die ihre Empörung durch laute Zurufe kundgaben. Es bestand große Gefahr, daß die französischen Soldaten gegen die demonstrierende Menge mit Waffengewalt vorgehen.

Die deutschen Vertreter, Dr. Bandmann, Gewerkschaftssekretär Zimmer, Redakteur Brisch, als Vertreter der Geistlichkeit Rabbiner Dr. Koch und Pastor Hoffmann, erjudeten deshalb, durch Vermittlung des italienischen Vertreters Dr. Vidate, den Kreis-kontrollieur, sie zu empfangen und die Zustimmung zu geben, daß die französische Militärbehörde alles aufbieten wird, um die Freilassung der in höchster Lebensgefahr schwebenden Flüchtlinge zu erwirken. Der Kreis-kontrollieur, Major Landrat, lehnte den Empfang aller Delegation, auch der Geistlichkeit, ab, und erst auf die Dringung, daß die deutschen Vertreter dann alle Verantwortung für die kommenden Ereignisse ablehnen müßten, bequimte er sich zu dem Zugeständnis, die deutschen Vertreter um 11 Uhr vormittags zu empfangen.

Inzwischen rief er den polnischen Rechtsanwalt v. Kobi-linski herbei, mit dem er anscheinend über die Wegführung der Flüchtlinge sprach. Um 11 Uhr wurden zuerst die Vertreter der Geistlichkeit, zwei katholische Pfarrer, der Pastor und der Rabbiner, empfangen, deren Unterredung mit dem Kreis-kontrollieur ein praktisches Ergebnis nicht zeitigte.

## Die Gespensterloge.

Dann eine hohle Stimme, die beschließt: „Die Herrschaften sind gebeten, die Vorhänge auseinanderzuschleiben, die Vorstellung beginnt.“ Man schließt die Vorhänge auseinander. Vor einem liegt ein geräumiges Zimmer, fast ohne Möbel. Zunächst ist gar nichts zu sehen. Dann beginnt das merkwürdige, das gespenstische Spiel. Ein keines blaues Möbel tritt in die Runde, bellamiert ein totfroh gereimtes Gedicht, in dem von Geld und Hunger die Rede ist, und von der Genußsucht der Menschen und der Fortherzigkeit der Bedankenslosen. — Pause. Geigenpiel. Noch weiß man nicht, was da werden soll. In der Nebenstube Scharen und unzuständliches Murren. Dann: Aufstehen des Hausherrn, der eine Predigt hält an alle Genußfüchtigen und der sie ermahnt, das Geld, das sie heute Abend erspart haben, morgen irgend einem wohlthätigen Zweck zuzuwenden. Endlich: ein in schwarzem, fast priesterliches Ornat gekleideter Mann, der auf Tischen die Schreden von allerlei Krankheiten, bildlich dargestellt, herumzeigt, zum Ende dieser gespenstischen Szene ein merkwürdig dummer Mensch, wie aus einer Novelle E. T. A. Hoffmanns gesprungen — er trägt mit viel Geschick und schauspielerischer Eindringlichkeit eine Besäße von der Lungenentzündung vor.

## Polizeiwidrig.

Die Gäste lachen. Einige machen Skandal. Andere drücken sich wie beschämt. Wieder welche wollen dem Hausherrn Geld anbieten. Er lehnt entschieden ab. Was war das? Ein Traum? Die Propaganda einer Sekte? Ein verkappter Aufführungsabend der Polizei? Raus folgt man die helle Treppe hinunter. Vor dem Tor schwören ein paar: „So ein Reinfall, dem Reiz wird ichs heimzahlen — der wird angezeigt! Wegen die Polizeiwidrigkeit hat er verstanden!“ Und noch ein anderer brummt beleidigt: „Ein Nepp war's doch — wenn's auch keinen Pfennig gekostet hat — man ist um die Nacht und um sein Amüsement betrogen . . .“

Studenten als Arbeiter. Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Das Arbeitsvermittlungsbüro der hiesigen Studentenschaft hat für die vergangenen Semester eine eingehende Statistik über den studentischen Nebenverdienst vorgenommen. Sie zeigt erschreckend deutlich die Not der Studentenschaft und das heilige Bemühen der jungen Leute, sich die Gelder für das Studium durch Arbeit in der Ferienzeit und auch während des Semesters zu beschaffen. Die Nachfrage nach Arbeit vonseiten der Studenten übersteigt bei weitem das Angebot. Sie stand zum Angebot im Verhältnis 2 zu 1. Während für die Dauer des Semesters fast durchweg Nachfrage nach Nachhilfeunterricht bestand, nur ausnahmsweise auch nach stundenweiser Bureauarbeit oder Schreibarbeit, war die Nachfrage nach Nebenverdienst während der Ferien fast ausnahmslos auf Tätigkeit in der Fabrik oder im Bergwerk oder auf Bureauarbeit gerichtet. Die Nachfrage nach Hauslehrerstellen ist in den letzten Semestern stark gesunken. Während des Semesters hatten sich heute im Gegensatz zu den ver-

Darauf empfing der Kreis-kontrollieur den Genossen Brisch, Wertmeister Hille und die Frauen Dr. Koch und Krejshmar. Die Unterredung fand in Gegenwart des Rechtsanwalts v. Kobi-linski und des zufällig anwesenden stellvertretenden Landrats Müller v. Blumentron statt.

Der Kreis-kontrollieur bemerkte einleitend, daß es keinen Zweck habe, prinzipielle Fragen zu erörtern, er könne nur zulassen, über die Ereignisse der letzten Nacht, die

## an sich schon schwer genug

seien, zu sprechen. Tatsache sei zwar, daß die weggeführten Flüchtlinge mißhandelt seien, doch seien nur vier so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus mußten. Den Gefangenen gehe es in Bielechowitz den Umständen angemessen gut, sie würden versorgt und die meisten hätten sich im Schutze der Insurgenten in der Nähe von Hindenburg. Es sei deshalb

## unzweckmäßig, die Gefangenen zurückzuführen.

denn er befürchte, daß sich die Ereignisse der Nacht wiederholen könnten. Es sei Aufgabe der deutschen Vertreter, der Bevölkerung diese Wahrheit zu sagen und sie zu beruhigen. Trotzdem von der draußen stehenden Menge Beleidigungen gegen die französischen Truppen gefallen seien, müsse er doch festhalten, daß die Truppen ihre Pflicht erfüllt hätten und nur dadurch, daß die Polen in großer Ueberzahl ins Exzeum eingedrungen sind, sei die Wegführung der Flüchtlinge möglich gewesen.

Redakteur Brisch machte darauf aufmerksam, daß die Verschleppten meistens Apo-Beamt und Landjäger sind, die im Dienste der Interalliierten Kommission gehalten und ihr den Eid geschworen haben; sie sind entweder von den Insurgenten entlassen worden oder mußten auf Befehl des Kreis-kontrollieurs die Waffen niederlegen. Deshalb war es Pflicht der Kommission, ihre Beamten unter allen Umständen zu schützen. Der Kreis-kontrollieur habe sich aber selbst der Polizeimacht beraubt und auch das Ansehen der deutschen Parteien, eine Hilfspolizei aus organisierten Arbeitern unter Führung interalliierten Offiziers zu bilden abgelehnt. Die Meinung der Deutschen sei, daß die französischen Truppen, denen der Schutz der Flüchtlinge anvertraut war, ihre Pflicht nicht erfüllt hätten. Diese Feststellung macht sich der Kreis-kontrollieur in schärfsten Worten und er verbietet dem Redner, weiter zu sprechen.

Herr Hille betonte, daß die tausendköpfige Menge draußen unbedingt eine Antwort haben müsse. Deutsche Vertreter müßten unter allen Umständen Gelegenheit haben, festzustellen, daß auch alle Gefangenen nach Bielechowitz gebracht und nicht verschiedene unterwegs ermordet worden sind. Er ermahnte den Kreis-kontrollieur, dahin zu wirken, daß deutsche Vertreter nach Bielechowitz herausfahren dürfen. Als auch er auf das Verhalten der Truppen zu sprechen kam, verbietet auch ihm der Kreis-kontrollieur das Weiterreden.

Frau Krejshmar, die dann zum Wort kam, verlangte unter allen Umständen die Freilassung der Verschleppten, weil sonst die deutsche Bevölkerung nicht mehr zu beruhigen sein werde.

Während die Unterredung eben beim Kreis-kontrollieur stattfand und die Verdüsterung draußen auf das Reizvollste wachte, erschien eine große Zahl mit Maschinengewehren bewaffneter Insurgenten, die eine

## wilde Schlegerei auf die Demonstranten

veranstalteten. Hierbei wurden drei Personen verletzt. Währenddem sprach der Kreis-kontrollieur telephonisch mit dem kommandierenden General in Gleiwitz, und als dieser nach der Ursache der in das Telefon hineinschallenden Schüsse fragte, erklärte der Kreis-kontrollieur:

## „Vor dem Hause beschlehen sich Deutsche und Insurgenten.“

Diese Behauptung mochte der Kreis-kontrollieur aufstellen, trotzdem er genau wußte, daß die draußen wartenden Deutschen völlig waffenlos waren.

## Die Waffen fristgemäß abgeliefert.

Berlin, 10. Juni. (W.D.) Mit dem 9. Juni ist die von der interalliierten Kontrollkommission geforderte Frist zur Ablieferung der schweren und eines Teiles der leichten Waffen der Einwohnerwehren abgelaufen. Es läßt sich jetzt bereits mit Sicherheit übersehen, daß es — namentlich im Verfolg der Entschließung der hiesigen Wehren zur freiwilligen Waffenabgabe — gelungen ist, diese Frist einzuhalten.

Der Schweizer Nationalrat wählte am Donnerstag an Stelle des verstorbenen Gustav Müller den Kandidaten der sozialistischen Fraktion Stadtrat Aloetti-Bürli mit 63 von 111 Stimmen zu seinem Vizepräsidenten.

## „Ein Nepp war's doch —!“

### Was Besonderes . . .

Dreißig Minuten vor Mitternacht. Von der dörflichen Polizeistunde vertriebene Berliner Bummler irren zwecklos durch Straßen, die von Dunkelheit wie zugemauert sind. Fluchen ihre legitimen und äußersten Flüche an den Haltestellen der jägernden Sirenenbahn. Die Stunde des Schleichers hat geschlagen. Mit der sicheren Psychologie, die er im Laufe der von Verboten regierten Jahre gelernt hat, macht er sich an die ewig hungrigen, an die, die keine Nacht kennen wollen, heran, klistert ihnen die abgehackten Sätze zu: . . . Herrschaften noch amüsieren wollen . . . gleich in der Nähe . . . ganz ungehörlich . . .“ Und da sich die Herrschaften immer amüsieren wollen, hat der Schlepper auch immer alle Hände voll zu tun.

An einem der letzten Abende war's, die so hochsommerliche Wärme ausstrahlte, daß einem sibilantisch oder doch zumindest venezianisch zu Ruhe war. Der Fieber und die Temperatur machten es schwer, der Polizei zu gehorchen. Aus dem Dunkel einer noch lichtloseren Nebenstraße löst sich eine Gestalt; drängte sich an die Nachtwandler heran, jagt den herkömmlichen Schlepperfluch auf. Es ist nichts Außergewöhnliches an dem Mann; er sieht so aus wie alle Schlepper, unauffällig, unpersonlich. Nur, daß er wie bewundernd, eine große Nachdrücklichkeit in seine lodende Stimme legt, fällt auf, und daß er ein ganz besonderes Amüsement verpricht.

Etwas ganz Besonderes . . .? Schön. Was mag es sein? Man wird sehen. Es ist gar nicht weit, Droßke oder Auto nicht nötig. Unterwegs ist der Führer einflüßig, nur zwei, dreimal beteuert er: „Kein Nepp, meine Herrschaften!“ Bald öffnet sich ein Haustor, ein unschuldiges, ganz laus in den Augen knarrendes Tor. Eine offene Treppendehnung umfängt einen, Licht, das so ehrlich wie ein Wetter, als ob es gar nichts zu verbergen hätte. Drei Treppen hoch klingelt der Führer an der Tür einer Wohnung. Kein Namensschild. Gemüllte Diele. Herr und Dame des Hauses heißen einen willkommen. Man legt ab. Gardetobengeld wird nicht erhoben. Wohl Der Nepp beginnt also wahr erst später! Dabei die Versicherungen des Führers. Man wird in eine Art Loge geführt. Man versucht, sich beliebt zu machen, will Bildr oder Kaffee bestellen. Bedauern, gibts nicht. Nur eine Zigarette offeriert der Hausherr. Oh, bitte, kostet nichts. Ein Fräulein erscheint, bittet um etwas Gebuld, die Vorstellung werde gleich beginnen. O Gott! Vorstellung, darauf hinaus also geht es! Man ist aufs Schlimmste, aufs Vergste, aufs Beschämteste gefaßt. Eine kleine, sanft abgedämpfte Glühbirne erblebt die Loge. Ein Sommerparhang ist ängstlich zugeraut. Gedämpftes Klavierpiel. Nicht schlecht. Eigenartig — elegisch — wie ein Trauerreigen.

gangenen Jahren Angebot und Nachfrage durchschnittlich die Wagschale. Dagegen ist die Nachfrage nach Nebenverdienst während der Ferien gegenüber den vergangenen Jahren ins Ungewöhnliche gestiegen. In den letzten Tagen des Wintersemesters wurden in Halle täglich rund 35 Anfragen an das Arbeitsvermittlungsbüro gestellt, während der Ferien gerichtet. Dem Arbeitsvermittlungsbüro der hiesigen Studentenschaft ist es gelungen, für die kommenden Sommerferien 500 Studenten Arbeit auf Gütern oder in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben zu verschaffen.

Das Arbeitsvermittlungsbüro fordert die Arbeitsvermittlungsämter auch der anderen Universitäten auf, ähnliche Statistiken zu veranstalten, damit man erkennen kann, ob die Bemühungen nach Arbeit seitens der Studenten überall so groß sind wie in Halle.

Eine Geschichte der dänischen Sozialdemokratie. Unsere dänische Bruderpartei bezieht in der allernächsten Zeit die Freier ihres fünfjährigen Bestehens, und aus diesem Anlaß gibt Genosse E. Winblad, der langjährige frühere Chefredakteur des Kopenhagener „Social-Demokraten“, eine Festschrift zur Geschichte der Partei heraus, deren erster Band vorliegt und die ersten schweren Kampfsahre in den Stützern und Schützern schildert. Am sichtbarsten wird die Entwicklung der Partei durch die Wahlsiege illustriert. Im Jahre 1870 stellte die dänische Sozialdemokratie nur einen Kandidaten zur Wahl ins Folketing (die zweite Kammer des Reichstags) auf, erhielt 767 Stimmen, jedoch kein Mandat, 1920 wurde 115 Kandidaten aufgestellt, für die 389 653 Stimmen abgaben und von denen 48 unter insgesamt 120 Abgeordneten gewählt wurden.

„Gebraute“ Fingerabdrücke. Auch den Verbrechern wird das Leben und die Ausübung ihrer Verastaltigkeit immer schwerer gemacht. Jetzt soll — wie eine Korrespondenz meldet — der von dem französischen Professor Sellin erfindene Apparat zur Hebermittlung photographischer Bilder durch den Depechenbrakt den Fahndungszwecken der Kriminalpolizei dienbar gemacht werden. Professor Diefenbach, der Führer der italienischen Schule für wissenschaftliche Kriminalistik, hat den Vorschlag gemacht, das Instrument für die Hebermittlung von Fingerabdrücken der dänischen Verbrecher zu verwenden. Auf diesem Wege wird es möglich sein, die Fingerabdrücke eines in Paris festgenommenen Individuums telegraphisch nach London, Berlin und Rom zu übermitteln, wodurch die dortigen Behörden instand gesetzt würden, unverzüglich das Material über die Verbrechen des Verdächtigen nach Paris zu übermitteln und der Pariser Behörde die Identifizierung sofort zu ermöglichen.

Goethes „Hygiene“ wird Sonntag, den 12. und Montag, den 13. im Wallner-Theater für die Schulen Berlins aufgeführt. Beide Vorstellungen, die vom Orchesterband seiner Bühnenkünstler Berlin veranstaltet werden, beginnen nachmittags 4 1/2 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Die Hundertjahrfeier der Eröffnung des „Friedrich“ in Berlin wird auch das Ederlottenburger Opernhaus am 18. Juni mit einer Aufführung des Weberischen Werkes feiern. In dieser Vorstellung singt Herr Laubenthal: Max, Frau Rauber; die Rauche, Frau Rind; Knechtchen, Herr Raub; Colper, Herr Lehmann; Gans, Herr Bucherjennig; den Ernteten.



## Aufgehobener Belagerungszustand.

Hamburg, 10. Juni. (TA.) Der vom Reichspräsidenten Ende März über Groß-Hamburg verhängte und dann auf das gesamte Hamburger Staatsgebiet mit Ausnahme von Altona, sowie der preussischen Kreise Lauenburg und Stormarn ausgedehnte Ausnahmezustand ist mit Wirkung vom 7. Juni aufgehoben worden.

## Regierungskrise in Lippe.

Die seit dem Februar d. J. bestehende Regierungskoalition zwischen Sozialdemokratie, Demokraten und Deutscher Volkspartei in Lippe ist gestern auseinandergefallen. Das Mitglied der Deutschen Volkspartei, Abg. Müller aus Oberlinghausen, ist aus dem Landespräsidium ausgeschieden. Er betonte, daß dies nicht seinen Übergang zur Opposition bedeute, sondern daß die weitere Stellungnahme der Volkspartei davon abhängen werde, welche Forderungen in Zukunft das Präsidium bilde, welche Vorlagen eingebracht, welche Persönlichkeiten ihm angehören und welche Grundzüge künftig vertreten werden. Müllers Rücktritt von seinem Posten als Landespräsident erfolgte wegen der Haltung des Landtags zur Interpellation der Deutschen Volkspartei über Anstellung auswärtiger Richter am Landgericht Detmold.

Die Koalition zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei, die im Reich wie in Preußen von der Sozialdemokratie stets abgelehnt wurde, erfolgte in Lippe aus besonders zwingenden, durch die lokalen Verhältnisse begründeten Ursachen. Das Auseinanderfallen der Koalition hat gezeigt, zu welcher Unfruchtbarkeit das Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei auf die Dauer verurteilt ist. Bei der Neubildung der Regierung werden unsere Lippegenossen sehr genau abwägen haben, ob es sich empfiehlt, nochmals eine Zwangsgemeinschaft mit einer Partei einzugehen, die im Reich wie in den Ländern ihre arbeiterfeindliche kapitalistische Tendenz unaufhörlich bewiesen hat.

## Groß-Berlin Rektor Bods Kampf.

Die Affäre des früheren Berliner Gemeindefunktionsrektors Robert Bod, der vor zehn Jahren wegen schwerer Vergehen gegen Schulmädchen zu 1½ Jahr Gefängnis verurteilt wurde, will nicht zur Ruhe kommen. Durch den hohnhässigen Kampf, den er um die „Wiederherstellung seiner Ehre“ führt, sorgt er selber dafür, daß sich die Öffentlichkeit immer wieder mit ihm beschäftigen muß. Mit einer Broschüre, die er gegen den von ihm der Ketzerei beschuldigten früheren Kriminalkommissar Toussaint veröffentlichte, verfolgte er den Zweck, seine Sache nochmals vor Gericht zu bringen. Heute stand er vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III, um sich wegen Beleidigung Toussaints zu verantworten, dem er in der Broschüre vorwirft, bei den damaligen Ermittlungen gegen Bod die Schulmädchen durch Drohung mit Härterziehung zu falschen Aussagen verleitet zu haben. Der ursprüngliche Sachverständige, der auf früheren Beschlüssen des Gerichts den Geisteszustand Bods untersucht hat, ist zu dem Ergebnis gelangt, daß Bod für die ihm jetzt zur Last gelegte Straftat verantwortlich gemacht werden kann. Von dem Ausstreuen des Angeklagten in der gestrigen Verhandlung mußte man aber den Eindruck gewinnen, daß er mindestens sehr aus dem jenseitigen Gleichgewicht geraten ist, was ja im Hinblick auf das ihm widerfahrene Schicksal nicht verwunderlich wäre. Der jetzt 60jährige ergraute Mann ist andauernd in nervös-unheilvoller Bewegung und spricht in hastiger Rede unter weit ausschlagenden lebhaften Gesten. In der weisheitsvollen Darstellung seiner Sache dämpft er oft seine heftige Stimme bis zum Flüstern, um sie im nächsten Augenblick ganz unvermittelt zu harter und unüberschwänglicher Betonung zu steigern. Der Gesamteindruck erinnert an einen Theaterhelden, womit aber nicht gesagt sein soll, daß nicht Bod selber an das glaubt, was er über die angeblich gegen ihn gesponnenen Intrigen vorträgt.

In der heutigen Verhandlung, in der die Anklage von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steinbrücker vertreten, der Anzeigeführer von Rechtsanwalt Bahn verteidigt wird, wurde wegen Gefährdung der Öffentlichkeit während der Verlesung des gegen Bod ergangenen Urteils die Öffentlichkeit ausgeschlossen, die Presse jedoch zugelassen. Der Angeklagte schilderte, wie seinerzeit der Verdacht gegen ihn aufgelaufen sei. Im Oktober 1909 sei die 13jährige Schülerin Stanislawa Piekrowski in seine Klasse gekommen und bald darauf unter verdächtigen Begleiterscheinungen in ein Krankenhaus gebracht worden. Ihm sei es schließlich gelungen, festzustellen, daß die P. eine Fehlgabeurte habe und auf seine Vorhaltungen habe die P. eingestanden, seit ihrem achten Jahre mit den bei ihrer Mutter wohnhaften Schulfreunden verkehrt zu haben. Das Mädchen sei in das Kloster „Zum guten Hirten“ nach Reinickendorf gebracht, wo die P. angab, daß der Warrer S. der Urheber ihrer Fehlgabeurte sei. Bald darauf habe sie diese Beschuldigung zurückgenommen und nun ihn, Bod, beschuldigt. Diese Verdächtigung habe den damaligen Kriminalkommissar Toussaint genügt, ihn, einen völlig einwandfrei bestehenden Mann, zu verhaften. Als die P. schließlich eingestand, daß sie

alles erlogen habe,

sei er sofort aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Toussaint, der schon die schwersten und durch seine Tüchtigkeit entdeckten „Verleumdungen eines Rektors“ in alle Welt hinausposaunt hätte, habe die ihm widerfahrene Blamage nicht vergessen können und nun versucht, durch Beeinflussungen und Bedrohungen der einzelnen Schulmädchen ein neues Verfahren gegen ihn, Bod, herbeizuführen. Inzwischen sei die Mutter der P., die ihre eigene Tochter verlor, wegen schwerer Kuppelerei zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden.

## Zweimarktsfabriken aufgehoben.

Die günstige Konjunktur für das kleine Faltschneidwerk. Den Führern der Fünfsigmarkeine ist die Faltschneidwerkabteilung der Reichsbank in der letzten Zeit so gründlich zu Leibe gegangen, daß ihre Tätigkeit im wesentlichen jetzt gedrohen zu sein scheint. Die Schwierigkeit mit den falschen Fünfsigmarkeinen hat aber anders auf den Gedanken gebracht, sich den Zweimarktschneidern zuzuwenden.

Die Faltschneidwerkabteilung der Reichsbank hat jetzt zwei derartige Fabriken ermittelt, mit allem Material ausgehoben und die Faltschneidwerk verhaftet. Zu einer Faltschneidwerk, die Fünfsigmarkeine machte, gehörte auch ein Arbeiter Gromzki. Auf photographischen Wege stellte er die Platten her, und in dem Steinbrücker Barthe so aus Neudölln fand er einen Helfershelfer, der die Platten auf den Stein brachte. Der dritte im Bunde wurde ein Metallhändler Bau aus Neudölln, der die Blätter eines verstorbenen Faltschneidwerks hatte. Diese beschaffte noch eine Handbrudrücke. Bau kaufte sie ihr ab, und jetzt begann die Fabrikation der Zweimarktschneidwerke.

schneide und ihr Vertrieb. Die Kriminalpolizei nahm die Nachforschungen auf und ergriff bald einen Schloffer Arthur Bandow, der aber nur bei der Verreibung beteiligt gewesen war. Jetzt fühlten sich die Fabrikanten in Neudölln nicht mehr sicher und verlegten ihre Tätigkeit nach der Ostbahnstraße in Neudölln. Alle Beteiligten wurden hier erwischt und mit dem ganzen Material nach dem Polizeipräsidium gebracht. Trotz dieses Ganzen kamen aber weitere falsche Zweimarktschneidwerke in den Verkehr, die darauf schließen ließen, daß noch eine zweite Fabrik bestehen mußte. Auch diese wurde jetzt ermittelt und ausgehoben. Ein Schriftführer Richard Förster hatte in der Reichsberger Straße ein Versteck über einer Waschküche gelegenes Zimmer gemietet. Dieses konnte er mit Maschinen, die ihm aus seiner Schreiberei noch übrig geblieben waren, aus und richtete es zu einer Faltschneidwerk ein. Die Beamten, die ihn überraschten, fanden in einem Waschkorb versteckt mehrere Tausend Zweimarktschneidwerke.

## Das Schloßlazarett unter Regie der Kranken.

Der Konflikt im Versorgungskrankenhaus Schloß Charlottenburg ist mit dem heutigen Tage in ein neues Stadium getreten. Gemäß der Verfügung des Hauptversorgungsausschusses trat heute das Aufheben der Verpflegung sowie der ärztlichen Behandlung im Lazarett ein. Die Maßnahmen der Verwaltung wurde von den Kriegsschädigten damit beantwortet, daß sie den Beschluß sahen, die Anstalt in eigene Regie zu nehmen. Sie wählten aus ihrer Mitte einen Lazarettvorstand, sowie Verpflegungs- und Verwaltungsbeamte und versuchten nun auf diese Weise den Betrieb des Lazarett weiterzuführen. Die eigentliche Lazarettverwaltung sowie das Hauptversorgungsausschuss steht diesen Vorgängen einstweilen abwartend gegenüber. Die Angebräuhung der ärztlichen Medikamente und orthopädischen Apparate ist den Lazarettinsassen verweigert worden. Bedrohlich für plötzlich eintretende Erkrankungen oder Unglücksfälle sieht ein Lazarettarzt zur Verfügung.

Die Lazarettinsassen fordern in einem Aufruf zur Beteiligung an einer am Sonnabend um 5 Uhr auf dem Luisenplatz in Charlottenburg stattfindenden Kundgebung auf, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll. Der Aufruf ist unterzeichnet vom Internationalen Bund, von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsschädigten und vom Reichsbund der Kriegsoffer und Kriegsernteliebenden.

Damit bei einem Kinobrand entstand gestern Abend in der zehnten Stunde unter den Besuchern des Kinos Invalidenstr. 127. Dort gerieten gegen Schluß der Vorstellung Filmrollen im Vorführungsraum in Brand. Im Ruhestand dieser Rollen. Die Vorbeileuchtung verlagte und nun entstand eine Panik. Beamte der Schupo, die schnell zur Stelle waren, griffen sofort mit Umsicht und Entschlossenheit ein, so daß weiteres Unheil vermieden wurde. Das Publikum kam mit dem Schrecken davon. Die alarmierte Feuerwehr war ebenfalls schnell zur Stelle. Es gelang den Brand auf dem Vorführungsraum, der vollständig ausgebrannt ist, zu beschränken. Angeblich hat nur eine Person außer dem Vorführer Verletzungen leichter Natur erlitten.

Fünfsigmarkeine vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. Dezember 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 31. Januar 1921 verloren; sie werden nur noch bis zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert.

Die Gesamtzahl der oberflächlichen Flüchtlings aus den Kreisen Rosel, Kreuzberg, Oberschloß, Oberglugau, Oppeln und Kolthor, die Heim- und Arbeitsstätte verloren haben, beträgt 6280. Die Arbeitsstelle allein verloren haben in diesen Kreisen 16252.

Die Berliner Fürsorgestellen für diese Flüchtlinge befinden sich auf dem Schlesischen Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße und Behrier Bahnhof, die Zentrale in den Kasernen General-Vape-Strasse. Dort erhalten die Flüchtlinge Hilfe und, soweit möglich, auch Ausweisung.

Dänische Kinderhilfe. Mehrere dänische Reichstagsabgeordnete, darunter unser Genosse Nielsen, sind gestern in Berlin eingetroffen und haben die Notlage der Proletarierkinder im Norden und Osten in Augenschein genommen. Heute reisen sie nach Chemnitz weiter und werden sich acht Tage für diese Studien in Deutschland aufhalten.

Im 17. Bezirk (Lichtenberg) erledigte eine außerordentliche Sitzung der Bezirksverwaltung den Etat für 1921; der Entwurf stellte einen Bedarf von 63 102 300 M. fest. Auf Grund der Streichungen des Bezirksamtes verringerte sich die Summe auf 60 143 184 M. Der Etatsauschuss nahm noch weitere Abstreichungen vor, so daß der Etat mit 65 796 718 M. an Bedarf abschließt, dem eine Einnahme von 58 000 000 M. gegenüber steht. In dieser Fassung fand der Etat gegen die kommunalistischen Stimmen Annahme. Ferner ersuchte der Etatsauschuss, das Bezirksamt möge dem Magistrat aus Sparmaßregeln dringend empfehlen, eine baldige anderweitige dienstliche Verwendung des früheren Bürgermeisters Dr. Marchen sowie des Syndikus Casselbaum vorzunehmen, der leihgenannte beziehe neben seinem vollen Gehalt von 42 000 M. in seiner Stellung in der Knorrbrems noch weitere 60 000 M. Es erregte allgemeine Verwunderung, daß in einer Zeit der ungeheuren Finanznot derartige Doppelgehälter möglich sind. Durch Vertagung nach vierstündiger Sitzung kamen eine größere Anzahl Anträge nicht mehr zur Beratung.

Das Lebensmittelamt Oberschöneweide ersucht um mitzuteilen, daß die in der heutigen Morgenausgabe mitgeteilte Gerichtsverhandlung sich nicht auf Vorgänge in Oberschöneweide bezieht. Es handle sich um das Lebensmittelamt in Niederschöneweide.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis, Berliner Vor. Heute Abend 7½ Uhr Arbeitsgemeinschaft, Sitzung der Ortskommission bei Straße, Diefenbachstr. 57.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Sehr geehrte Herren! Im Warenhaus Julius Rosenbergs & Co., Spinnmühlenstr. 26, was es in dieser Woche der Lagerung für wenig Geld alles gibt, das erhebt man aus der heutigen Anzeige, deren Beachtung besonders empfohlen sei.

## Gewerkschaftsbewegung

### Freiheits kommunistischer Verheerung.

Es muß schon weit gekommen sein, wenn selbst die „Rote Fahne“ sich genötigt sieht, von „unabhängigen Kampfmitteln“ unter Arbeitern in Arbeiterversammlungen zu berichten. Allerdings dreht es sich in dem besonderen Fall, den das Blatt dabei im Auge hat — eine Verammlung der Neudöllner Untergrundarbeiter — um die Konkurrenz von noch weiter links, die KAPD. Zur gleichen Zeit und in dasselbe Lokal, „Lichtgarten“ in Neudölln, hatten am Dienstag sowohl die Tiefbauarbeiter als auch die KAPD. eine Verammlung einberufen.

Vor Beginn der Betriebsversammlung — so berichtet die „Rote Fahne“ — drangen die Erwerbslosen gewaltsam in den Saal. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Erwerbslosenversammlung auf einem Platz, der gleichfalls zum Lokal gehört, abgehalten wurde. Zu Beginn der Versammlung, die sich mit dem Vorhandensein von schwarzen Listen beschäftigten sollte, stellte ein Redner der KAPD. den Antrag, die Tagesordnung umzuändern und stellte drei Fragen, die er aber sofort selbst beantwortete.

Was nun der Vertreter des Bauarbeitersverbandes des Wort erhielt und zirka 10 Minuten sprach, wurde er von dem Tisch, auf dem er stand, heruntergerissen und mit Häuten, Schlagringen geschlagen und mit Eisenstücken getreten. Durch das Zugewandertreten von bekannten Arbeitern wie auch Arbeitlosen gelang es, den Rißhandlungen freizubekommen. Doch unter diesen Umständen der geregelte Gang der Versammlung nicht mehr möglich war, so selbstverständlich in dem Tumult wurde einer ganz unflüchtigen Resolution zugestimmt, die verlangt, daß die im Betrieb Beschäftigten sofort zu entlassen und Neueinstellungen aus den Reihen der Erwerbslosen vorzunehmen sind.

Die „Rote Fahne“ gesteht, daß derartige Vorgänge im Interesse der gesamten Arbeiterschaft höchst bedauerlich seien, da sie keinem Arbeitlosen etwas nützen, die Arbeiterschaft aber zur Freude des Unternehmertums zersplittern. Aber da die kommunistische Verheerung gerade unter den Erwerbslosen am stärksten betrieben wird, zeigt die „Rote Fahne“ dieses niederträchtige Verhalten etlicher Rostoker nur als angeblicher Mistbau der Erwerbslosen unter den Arbeitlosen, der für die gesamte Arbeiterschaft eine bringende Warnung sein müsse. Eine Warnung davor, „der ungeheuren Arbeitlosen noch länger latenten zuzuführen“. Die Toten, die die „Rote Fahne“ von den Arbeitenden fortgeleitet fordert, sollen bekanntlich darin bestehen, daß auch diese Arbeit niederliegen. Weil für diese Rostoker Vagabunden vernünftige Arbeit fortgeleitet „Aktion“ weniger stark interessiert Menschen nichts übrig haben, kommt die „Rote Fahne“ ganz unermittelt und harmlos zu dem Schluß: „Schuld der Gewerkschaftsführer ist es, daß es zu derartigen Exzessen zu einem Kampfe zwischen Arbeitern und Arbeitlosen kommen konnte.“

Es lohnt sich nicht, mit der „Roten Fahne“ darüber zu streiten. Sie kann nicht dafür. Sie muß im Interesse ihrer Existenz solche Sprünge machen; davon lebt sie. Unseren Lesern brauchen wir nicht erit des langen und breiten auseinanderzusetzen, daß eine solche Verwilderung der Kampfweise innerhalb der Arbeiterschaft die Frucht der unablässigen Hege der „Roten Fahne“ gegen die „Gewerkschaftsbewegungen“ und die „Gewerkschaftsbureaucratie“ ist. Wenn sie sich mit ihrem Wort gegen die KAPD. wendet, die diesen Streich inszeniert hat, so hat auch dies seinen guten Grund im Hinblick auf Rostau.

Zur Warnung sollen uns solche Erscheinungen freilich dienen: zur Warnung davor, aus falscher Bonalität diesem vergeblichen Treiben nicht mit der nötigen Entschlossenheit zu begegnen. Den Hepaposteln in den Gewerkschaften muß das Handwerk gelegt werden.

Die Angestellten Berlins zu ihrem Verbandstag. Die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten waren am Donnerstag im Lehrerseminar sehr zahlreich versammelt, um den Bericht vom Verbandstag entgegenzunehmen. Referenten waren Hugo Cohn, Erich Flatau und Fritz Schmidt.

Cohn hat hervor, daß der Verbandstag vollständig beschloß und der Verlauf ein imponanter gewesen sei. Angriffe auf die Ortsgruppe Berlin kamen nicht vor. Einen breiten Raum habe der sogenannte Kommissionsantrag bei den Beratungen in Anspruch genommen, durch den die kommunalistischen Zersplitterungsbestrebungen bekämpft werden sollten. Schließlich wurde der Antrag in einer Fassung angenommen, der die Billigung des Verbandstages fand.

Der Antrag, alle zwei Jahre zu tagen, wurde zum Beschluß erhoben. Dem Beirat wurde mehr Selbständigkeit zuerkannt und den Redakteuren beschließende Stimme im Hauptvorstand zugesprochen.

Flatau führte hinsichtlich der Reorganisation des Kfa-Bundes aus, daß der Vertrag zwischen Kfa-Bund und dem Afa-Bund mit 70 gegen 43 Stimmen zur Annahme gelangte. Angenommen wurden auch die Anträge auf Sechsstundenarbeit und Verbot der Sonntagsarbeit. Die Verschmelzung mit dem Verband der Angestellten im Buchhandel und Zeitungsgewerbe sei freudig zu begrüßen. Auch die Forderung einer allgemeinen Erhöhung des Gehaltsminimums, durch die alle besonderen sozialen Zulagen überflüssig würden, wurde beifällig aufgenommen.

Schmidt wies darauf hin, daß der Verbandstag sich auch eingehend mit der Jugendfürsorge beschäftigt habe. Durch eine Entschließung wurde sämtlichen Ortsgruppen zur Pflicht gemacht, für ihre jugendlichen Mitglieder eine besondere Jugendgruppe zu bilden.

Zum internationalen Angestelltenkongress in Wien werde die Berliner Angestelltenorganisation ihren Vorhändigen Hugo Cohn entsenden, zum Kfa-Kongress in Düsseldorf entsende Berlin die Kollegen Flatau und Körpel sowie die Kollegen Sehner. In den Verbandsbeiträgen wurden die Kollegen Sehner und die Kollegen Schröder, Körpel und Krüger gewählt. Ein Sitz soll für die Angestellten des Buchhandels bis nach der Verschmelzung freigehalten werden.

Entgegen dem Entwurf, nach dem die gewerkschaftliche Stellenvermittlung erst 1930 aufhören soll, wurde die sofortige Befreiung dieser Vermittlung verlangt, ferner ein einheitliches Arbeitsrecht. Den Ortsgruppen wurde dringend empfohlen, für die Verbreitung der Presse Sorge zu tragen.

Darüber könne kein Zweifel bestehen, daß den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandstages eine große Bedeutung für die ganze Kollegenschaft zugesprochen werden müsse. — Die Ausführungen der Redner wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen.

Nach einer kurzen Aussprache schloß der Vorhändige die stark besuchte Tagung mit der Erklärung, daß demnächst auch noch in einer Mitgliederversammlung über den Verlauf des Verbandstages berichtet werden sollte.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Der zwischen dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin, dem Verband Deutscher Zentralarbeitsgemeinschaften, dem Arbeitgeberverband im Berliner Kohlebergbau, Groß-Berlin, der Innung der Gas- und Wasserleitungs- und Heizungsfachmänner in Berlin am 26. September 1920 und 21. Januar 1921 sowie durch eine Vereinbarung der Parteien vom 3. November 1920 abgeänderte Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Gesundheitsindustrie ist dem Reichsarbeitsministerium mit Wirkung ab 1. Februar 1921 für das Gebiet der Einheitsgemeinde Groß-Berlin für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Das Gewerkschaftskartell Romane ersucht die Delegierten, zur Sitzung am Montag um 7½ Uhr in linkes Lokal pünktlich und vollständig zu erscheinen. Unter anderem handelt es sich um die bevorstehende Wahl des Ausschusses der Ortskrankenkasse.

### Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Das eidgenössische Arbeitsamt berichtet, daß in der Zeit vom 23. Mai bis 6. Juni die Zahl der teilweise Arbeitslosen um 10 000 auf rund 84 000 gefallen ist, wogegen die Zahl der gänzlich Arbeitslosen von 53 000 sich auf gleicher Höhe hält.

### Bergarbeiterstreik in Belgien.

Im Kohlenrevier vom Borinage sind 15 000 Bergleute in den Ausstand getreten, als Protest gegen eine Lohnkürzung um fünf Prozent, die ab 15. Juni erfolgen soll.

Der Generallstreik in Norwegen ist beendet. Die Arbeit wurde heute wieder aufgenommen.

Vom englischen Grubenarbeiterstreik. Man erwartet, daß die Angebote der Grubenbesitzer heute Abend bis ins einzelne ausgehandelt sind und daß sie vom Bergarbeiterkongress angenommen werden. Auch die Differenzen in der Baumwoll- und Eisenindustrie scheinen beigelegt zu werden.



